

Indonesische Regierung entzieht Zellstofffabrik die Betriebslizenz

Kirchen in Nord-Sumatra verzeichnen wichtigen Erfolg ihres jahrzehntelangen Umweltengagements

(Pematangsiantar/Wuppertal, 27.01.2026) Die indonesische Regierung hat am 20. Januar 2026 die Betriebslizenz von insgesamt 28 Unternehmen auf der Insel Sumatra entzogen, darunter auch die des Zellstoffunternehmens PT Toba Pulp Lestari (TPL). Die Entscheidung gilt als wichtiger Schritt zur Eindämmung der anhaltenden ökologischen Krisen in der Region und als Erfolg des jahrzehntelangen Umweltengagements der Kirchen in Nord-Sumatra.

Immer mehr Umweltkatastrophen in Sumatra

Sumatra ist seit Jahren von schweren Umweltkatastrophen betroffen, darunter Überschwemmungen, Erdbeben, Waldbrände, die zum Verlust der Lebensgrundlage für die dort ansässigen indigenen Bevölkerungsgruppen führten. Die Entscheidung der Regierung ist eine notwendige Reaktion auf diese eskalierenden Krisen, die in direktem Zusammenhang mit Entwaldung, industrieller Forstwirtschaft, Rohstoffausbeutung und unzureichendem Schutz natürlicher Ressourcen stehen.

Ephorus Dr. Victor Tinambunan, Leiter der Huria Kristen Batak Protestan (HKBP), der größten evangelischen Kirche Indonesiens, äußerte in seiner Erklärung vom 20. Januar 2026 seine Dankbarkeit gegenüber Präsident Prabowo Subianto. Die Maßnahme sende ein klares Signal, dass wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Gerechtigkeit untrennbar zusammengehören.

Beharrlicher Widerstand wurde belohnt

Dem Entzug der Betriebslizenz von PT Toba Pulp Lestari ging eine im Jahr 2000 begonnene gemeinsame Initiative der Mitgliedskirchen der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) in Nord-Sumatra voraus. Sie wurde getragen von einer engen Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche, einem breiten interreligiösen Engagement,

indigenen Gemeinschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Medien. Betroffene Gemeinden, Pastor*innen und Kirchenmitglieder waren dabei über Jahre hinweg Einschüchterungen, Kriminalisierung und erheblichem sozialem Druck ausgesetzt.

Irma Simanjuntak, Advocacy-Beraterin der VEM in der Region Asien, betont: „Diese Entscheidung bietet die Chance auf einen echten Wendepunkt hin zu einer Zukunft, die von Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Verantwortung für die Schöpfung geprägt ist. Gemeinsam mit weiteren Kirchen, unseren interreligiösen Partnern, den indigenen Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft werden wir die Umsetzung dieser Regierungsentscheidung aufmerksam begleiten und uns für die ökologische Wiederherstellung, für soziale Gerechtigkeit und eine verantwortungsvolle Politik einsetzen.“

Stichwort „VEM“

Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) mit Büros in Wuppertal, Pematangsiantar (Indonesien) und Daressalam (Tansania) ist eine internationale, gleichberechtigte Gemeinschaft von 39 Mitgliedern, darunter 32 evangelische Kirchen in Afrika und Asien sowie sechs deutsche EKD-Kirchen und die v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel. Die VEM verfolgt konsequent ein ganzheitliches Missionsverständnis. Dazu gehört, die Lebensumstände notleidender und benachteiligter Menschen unter Achtung ihrer persönlichen Würde und Berücksichtigung ihres kulturellen Kontexts zu verbessern.